



Kantonsratssitzung 22. Februar 2021
Traktandum 5 Behindertenintegrationsgesetz (BIG); 1. Lesung
Geschäftsnummer 1300.140
Eintretensvotum SP-Fraktion
Fraktionssprecherin Christa Gerber, Herisau

Geschätzte Frau Kantonsratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landammann
Geschätzte Damen und Herren von Regierungs- und Kantonsrat

Mit dieser Gesetzesvorlage soll die finanzielle Unterstützung der Integration von Menschen mit Behinderung auf kantonaler Ebene umgesetzt werden. Die Vorlage gewährleistet, dass Menschen mit Behinderung zur Deckung ihres individuellen Betreuungsbedarfs keine Sozialhilfe benötigen. Zudem sollen Menschen mit Behinderung frei darüber bestimmen, welche Leistungsangebote oder Wohnformen Sie in Anspruch nehmen wollen.

Zu dieser Vorlage gingen zahlreiche Vernehmlassungsantworten ein. Der Regierungsrat hat erfreulicherweise einige der Anregungen übernommen. Es gab viele Rückmeldungen zum Titel der Vorlage. Da es sich schwerpunktmäßig um eine Regelung der Finanzierung von Angeboten handelt, entspricht der Titel nicht dem Inhalt. Dies sieht auch die SP-Fraktion so.

Wir von der SP-Fraktion begrüßen, dass mit der Vorlage die Wahlfreiheit von Menschen mit Behinderung gesetzlich verankert wird. Dies im Bereich Bildung, Wohnen, Arbeit, Beschäftigung und Mobilität. Ein bedarfsgerechtes Angebot für Menschen mit Behinderung und Schutz des Wohls in Abhängigkeitsverhältnissen wird gewährleistet.

Aus Sicht der SP-Fraktion wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Vorlage umfassendere Integrationsansätze beinhaltet hätte. Es ist für uns aber nachvollziehbar, dass ein pragmatischer Weg gewählt wurde, um nun in einem ersten Schritt die Finanzierungsfragen im Rahmen eines Gesetzes zu regeln. In einem zweiten Schritt müsste aber das Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) auch auf kantonaler Ebene umgesetzt werden, um Menschen mit Behinderung Chancengleichheit, Autonomie und Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben umfassend zu ermöglichen.

Die SP-Fraktion unterstützt den Auftrag der Kommission Gesundheit und Soziales an die Regierung, die Planung der weiteren Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetz darzulegen.

Die SP-Fraktion beschließt einstimmig auf die Vorlage einzutreten.